

Ing. Herbert Enzenhofer

Bergerfeld 16
4180 Zwettl an der Rodl

Zwettl, am 29. Jänner 2024

An den Bürgermeister
Roland Maureder

Marktplatz 2
4180 Zwettl an der Rodl

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates stellt gemäß § 46 Abs. 2 OÖ. GemO 1990 den Antrag, nachstehenden Tagesordnungspunkt

Resolution-Finanzkollaps der OÖ-Gemeinden verhindern

in die Tagesordnung der nächsten **Sitzung des Gemeinderates** aufzunehmen.

RESOLUTION

an den Oö. Landtag

Die oberösterreichischen Gemeinden stehen zum Jahreswechsel 2023/2024 mit dem Rücken zur Wand – nicht, weil sie schlecht gewirtschaftet haben, nicht weil sie zu viel Personal haben, nicht weil sie spekuliert haben, sondern nur, weil sie ihren Pflichtzahlungen an das Land Oberösterreich nachkommen.

Im direkten Bundesländervergleich weisen die oberösterreichischen Gemeinden die höchste Transferbelastung durch Umlagen auf. Das Land Oberösterreich belastet die Städte und Gemeinden mit enormen Steigerungen der Umlagen in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Ohne entschlossenes Gegensteuern und ohne zusätzliche Finanzmittel von Bund und Land fehlen den Gemeinden - je nach Ertragslage - die liquiden Mittel zur Deckung der laufenden Ausgaben.

Viele Kommunen kommen angesichts der steigenden Kosten für Personal, Energie, Gesundheit und Pflege in der Finanzierung nicht mehr hinterher. Der Ausblick auf das kommende Finanzjahr 2024 hat folgende Auswirkungen:

- Immer mehr Gemeinden in OÖ können ihren Finanzhaushalt nicht ausgleichen, müssen Rücklagen auflösen, haben kaum mehr Investitionsspielräume und fallen somit als wirtschaftliche Auftraggeber in der Region weg
- Zukunftsweisende Projekte sind einzustellen, die Gemeinden können nur mehr - oder besser gesagt, kaum mehr - das tun, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind
- Wegfall von Förderungen für das ö. Vereins-, Kultur- und Sportleben
- Investitionen in zeitgemäße Kinderbildungseinrichtungen, die Energiewende und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kommen zum Erliegen

In Anbetracht der dramatischen Situation braucht es eine Evaluierung der derzeit geltenden Gemeindefinanzierung NEU, sowie einen „**OÖ-Finanztransfergipfel**“ zur raschen Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Entlastung der Gemeinden von Zahlungen in Bereichen, in denen sie keine Einflussmöglichkeiten haben (Landesumlage, Krankenanstaltenbeiträge)
- Umlagenbremse und schrittweise Reduzierung des negativen Transfersaldos für die öö. Gemeinden durch eine Entflechtung des öö. Transfersystems
- Adaptierung der Gemeindefinanzierung NEU
- Längst überfällige Reform gemeindeeigener Abgaben wie der Zweitwohnsitzabgabe. Damit verbunden ist auch die dringend erforderliche Umsetzung einer Leerstandsabgabe, welche bereits vier Bundesländer (Tirol, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg) eingeführt haben

Um alle gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche abzudecken und einen Zusammenbruch der regionalen Wirtschaftsstandorte sowie die damit verbundenen negativen Auswirkungen für ganz Oberösterreich zu verhindern, ist eine finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden notwendig. Diese muss entscheidend besser für die Kommunen ausfallen als der paktierte Finanzausgleich.

